

Wie normativ ist die Ordonomik?

Oder: Am Ende wird alles gut.

Kommentar zum Beitrag von Ingo Pies

[1] Mit seiner Methode der Ordonomik setzt sich der Wirtschaftsethiker Ingo Pies auf den ersten Blick wohltuend vom Gros der Wirtschaftswissenschaftler ab. Er mutet der Ökonomik zu, sich Fragen der Normativität zu stellen, und er ist davon überzeugt, dass ordonomisches Denken Antworten auf die drängenden Fragen der Moderne geben kann. Pies geht es mit der Ordonomik um nicht weniger als die Gestaltung der Gesellschaft. Mittels seines Ansatzes können, wie Pies einleitend schreibt, Argumente generiert werden, die im praktisch politischen Zusammenhang mit »Fragen der gesellschaftlichen (Selbst-)Steuerung durch eine (Re-)Formulierung institutioneller Handlungsanreize« ([Abstract]) sowie im theoretisch wissenschaftlichen Zusammenhang mit »Fragen der gesellschaftlichen (Selbst-)Aufklärung durch eine (Re-)Formulierung begrifflich sedimentierter Denkstrukturen« (ebd.) stehen. Es geht der Ordonomik folglich in diesem (weiten) Sinne um die Gestaltung der Gesellschaft. Konsequenterweise stellt sich dann unweigerlich die Frage nach der *richtigen* Gestaltung, bzw. wie Gesellschaft gestaltet werden *soll*. Im klassisch philosophischen Verständnis steckt in diesem normativen Anspruch letztlich die Suche nach dem (unbedingt) Guten – auch wenn sich dies bei Pies so explizit nicht findet. Denn ohne angemessen und richtig zu sein, fehlt dem Normativen der Anspruch des Sollens oder, um es wieder mit der Pies'schen Terminologie zu sagen: Es fehlt der Aussagegehalt in einem Argument, der dazu führt, dass dieses Argument andere Argumente – systematisch – überbietet und der es eben damit zu einem ›Überbietungsargument‹ macht (vgl. [60]–[61]).

[2] Festzuhalten ist zunächst, dass eine Theorie des Normativen über eine objektive Analyse des Ist-Zustandes hinausweist. Als eine Theorie des Normativen muss auch der Anspruch der Ordonomik, zur »Überwindung umstrittener Werte-Trade-offs« [8] beitragen zu wollen, gelesen werden – unabhängig davon, ob Pies dies so formulieren würde oder nicht. Wäre die Ordonomik eine überzeugende Theorie des Normativen, hätte sie zudem eine wichtige Funktion. Denn: Die zumeist in den Wirtschaftswissenschaften rezipierten Theoriestränge (vulgo: *Mainstream*) haben sich im Anschluss an den kritischen Rationalismus eine allein objektive, nicht-normative Analyse als Forschungsprogramm auf die Fahne

* Dr. Inga Fuchs-Goldschmidt, Philosophische Fakultät/Universität Siegen, Adolf-Reichwein-Str. 2, D-57068 Siegen, E-Mail: inga.fuchs@t-online.de, Forschungsschwerpunkte: Soziologische Theorie, Demokratietheorie, Theorie der Sozialpolitik, Soziologie der Fotografie.

geschrieben und damit die Fragen des Normativen den politischen Entscheidungsträgern oder einer nicht näher bestimmten Öffentlichkeit überantwortet. Da aber Ökonomen Fragen der politischen Gestaltung und Gerechtigkeit gerade in Zeiten globaler Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrisen, schrumpfender europäischer Binnenmärkte, drohender amerikanischer Handelskriege, aggressiver asiatischer Wachstumsraten und angesichts des demographischen Wandels wohl nicht gänzlich ausblenden können (und ihnen in der Öffentlichkeit hierzu Positionen abverlangt werden), bedarf (oder besser: bedürfte) es *idealerweise* eines Instrumentariums, das – ökonomische Denkstrukturen nachvollziehend – Antworten auf solche Fragen hervorbringen kann. Hier hätte die Ordonomik ihr Feld. Ordonomik könnte in diesem Sinne die normative Speerspitze der Ökonomik sein – zumindest müsste so ihr eigener Anspruch lauten. Wie stechend eine solche Spitze sein könnte, hängt entscheidend davon ab, wie spitz (oder stumpf) ihr argumentativer Speer ist, d.h. wie begründet wird und wie begründet es ist, dass ›Überbietungsargumente‹ tatsächlich andere Argumente überbieten. Letztlich, wie wir im Folgenden zeigen werden, verbleibt die Ordonomik im methodologischen Mainstream der Ökonomik und deren unaufgeklärten Normativitätsverständnis verhaftet, und es gelingt ihr so gerade nicht, wirtschaftsethische Konflikte als tatsächliche *Konflikte* wahrzunehmen, zu verstehen und zu debattieren. Vielmehr werden normative Problemstellungen argumentativ transzendiert, d.h. wegdiskutiert.

[3] Von außen besehen, scheint die Weltsicht der Ordonomik optimistisch – und recht übersichtlich. Denn sie ist letztlich auf das Gute eingeschworen, für soziale Dilemmata lassen sich durchwegs Lösungen finden, die alle besserstellen. Der unausgesprochene Kehrsvers der Ordonomik lautet: ›Am Ende wird alles gut‹ – wenn man sich nur der Pies'schen Beweisführung anschließt und man seiner vom (klassisch ökonomischen) Modelldenken abgeleiteten Argumentationspraxis folgt. Real vorfindliche Dilemmata gehen als solche nicht wirklich in sie ein, sondern werden lediglich ordonomisch ›rekonstruiert‹ und damit verkürzt.

[4] In dem hier vorliegenden Aufsatz erprobt Pies seine Methode zur Generierung von Überbietungsargumenten anhand der aktuellen bundesdeutschen Debatte um die Flüchtlingspolitik und dem (im Sinne der Ordonomik letztlich nur scheinbaren) Dilemma, das zwischen der Verfolgung nationaler Interessen und einer möglichst umfassenden Flüchtlingspolitik im Sinne humanitärer Hilfe besteht. Orthogonal positioniert kann die Lösung dieses Problems nicht schwer sein. Im Sinne seiner Ordonomik führt Pies aus, dass, sofern der Bürger/Konsument bereit ist, seine Lage (hinsichtlich der Flüchtlingspolitik oder anderer sozialer Problemlagen) und auf sich in dieser Lage zu reflektieren (wovon im Normalfall ja in der Tat ausgegangen werden können sollte), er einsehen wird, dass es besser für ihn ist, Hindernisse für eine (gegenseitige) Besserstellung aus dem Weg zu räumen. In der ordonomischen Diktion heißt dies, dass »auf der Ebene des Meta-Metaspieles« ([39]) jeder *unbedingt* dazu aufgefordert ist, »für eine Win-Win-Option aufgeschlossen zu sein« (ebd.).

[5] Angesichts einer solchen Grundannahme stellt sich freilich die Frage: Woran hängt es denn, dass wir unsere Lage häufig genug nicht verbessern? Pies erläutert die Problemlage durch einen Rückgriff auf Hobbes. Folgt man Pies und seiner

eigenen, »höchst unkonventionellen Lesart« ([22]), lässt sich Hobbes nicht ganz überraschend insofern als Gewährsmann der modernen Ökonomik hernehmen, als er methodisch und ethisch vom Einzelnen ausgeht (vgl. [42]). Und in der Tat stehen die Sozialwissenschaften seit der kopernikanischen Wende des Denkens und in deren Anschluss die Vertragstheoretiker erkenntnistheoretisch vor dem Problem, wie die Würde des Einzelnen in einer nachvollziehbaren Weise in die Gesellschaft eingebunden werden kann. Bekanntlich bedienten sich die Vertragstheoretiker dafür des Kunstgriffs des Vertragsabschlusses. Eine Vorgehensweise, die an der Einsicht scheitert, dass gesellschaftliche Strukturen, die sich historisch offensichtlich emergent gebildet haben, nicht im Sinne eines Vertrages wieder kündbar sind, da der Einzelne Teil dieser Strukturen ist und sie ihm nicht »einfach« zur Verfügung stehen (vgl. Fuchs-Goldschmidt/Goldschmidt 2013b). Der Vertragsabschluss stellt freilich »lediglich« ein gedankliches Experiment und keinen real vollzogenen Gesellschaftsvertrag dar. Es bleibt aber somit auch das Problem, wie die nur hypothetisch bestimmten Bedingungen des Zusammenlebens realisierbar sind.

[6] Pies beschreitet einen anderen Weg. Mittels Institutionen soll die Lücke zwischen Denken (»ich würde gerne in einer friedvollen Welt leben«) und Handeln (»eine friedvolle Welt wird geschaffen«) geschlossen werden. Hobbes habe, so Pies, eben diesen Hiatus zwischen Denken und Handeln markiert, »der erst durch die Schaffung eines institutionellen Arrangements allgemeiner Sicherheit (und damit begründeter Sicherheitserwartung) (...) überwunden werden muss, bevor der Weg vom Denken zum Handeln, vom *forum internum* zum *forum externum*, vom Meta-Metaspiele zum Basisspiel, vom Friedenswollen zum Friedenskönnen erfolgreich beschritten werden kann« ([40]). Solange der Konflikt also noch nicht verlässlich überwunden ist, gibt es keinen Weg vom Denken (ich (!) will Frieden) zum Handeln (wir (!) machen Frieden) (vgl. [41]). Wenn der Konflikt dann überwunden ist, ist der Konflikt überwunden. Ein Zirkelschluss. Was also fehlt? Wie kommt es zu diesen Institutionen, die Ergebnis und Voraussetzung des Friedensschlusses in einem sind? Diskursethisch oder ordonomisch gesprochen handelt es sich um die Notwendigkeit eines Selbstvergewisserungsprozesses. Eben diesen will die Methode der Ordonomik ausweisen und er führt über – mittels Überbietungsargumenten generierte – Institutionen.¹ Diese zeichnen sich strukturlogisch dadurch aus, allgemeinverbindlich zu sein und sie stellen in diesem Sinne ein die Menschen gegenseitig bindendes (soziologisches) Phänomen dar. Pies weist Institutionen in diesem Sinne hier jedoch – weder historisch noch argumentativ – näher aus. Ungeklärt bleibt damit aber, warum wir überhaupt meinen, uns auf Institutionen verständigen zu wollen. Die fraglose Tatsache, dass es sie gibt, bietet schließlich keine Erklärung dafür, warum es sie gibt und vor allem auch keine Erklärung dafür, warum sie in dieser (oder jener) Form existieren, wie wir sie historisch jeweils vorfinden. Eine Frage, der doch gerade dann Bedeutung zugespro-

1 Argumentativ nehmen Institutionen in Pies' Ansatz den Stellenwert des Vertrages der klassischen Vertragstheoretiker ein; gleichwohl Pies sich in seiner Konsensorientierung von diesem abgesetzt sieht (vgl. [42]).

chen werden muss, wenn es darum geht, diese Institutionen zu reformieren, wie es Pies' ausdrückliches Anliegen ist.

[7] Hier zeigen sich die Grenzen einer (ordonomischen), allein auf Diskurse abgestellten Theorie des Sozialen – seien es nun explizite Diskurse oder hypothetische im Sinne einer argumentativen Unhintergebarkeit des besseren, des überbietenden Arguments. Der Fehler liegt dabei natürlich nicht darin, von Überbietung zu sprechen, wo es angeblich doch um Einverständnisse geht, sondern ganz im Gegenteil darin, zu meinen, im Kontext des Politischen und mit Blick auf eine Theorie des Normativen grundlegend von einem Konsens ausgehen zu wollen bzw. zu müssen. Im Kontext des Politischen geht es vielmehr um über Macht bestimmte Prozesse (vgl. Fuchs-Goldschmidt/Goldschmidt 2013a), ein Faktum, das die politischen Konsenstheorien (wie die Ordonomik) in ihrer Theoriekonstruktion ausblenden bzw. aufgrund der potentiellen Möglichkeit, soziale Dilemmata diskursiv aufzulösen, systematisch verharmlosen. Die in der Flüchtlingsdebatte von Pies sicherlich richtig diagnostizierte Diskursverweigerung ist – und dies sieht Pies aber nicht – ein Machtmittel, das im politischen Diskurs regelmäßig eingesetzt wird und durch ein allein moralisch motiviertes Ansinnen (nach der Devise »mehr Moral möglich machen« ([63])) nur selten überkommen werden kann. Gleichwohl führt denn auch Pies schließlich an, dass Argumentationsverweigerung – also die Verweigerung, ein soziales Problem durch den Austausch von Argumenten zu beheben – mit ›Achtungszug‹ geahndet werden müsse (vgl. [66]), eine Maßnahme, die den Rahmen einer rein argumentativ geführten Auseinandersetzung übersteigt (bzw. unterläuft) – und gleichzeitig bei weitem nicht das letzte Mittel einer politischen oder sozialen Auseinandersetzung darstellt. Vielmehr ist in diesem politisch-sozialen Sinne ›Achtungszug‹ eine eher recht stumpfe Waffe, die – um es plakativ zu machen – Trump, Putin und Erdogan nur wenig erschüttern würde. Festgehalten werden muss deshalb gegen Pies, dass Prozesse der Macht (wie sie eben im Bereich des Politischen und damit auch im Gesellschaftlichen grundlegend sind) als solche nicht auf einverständliche Diskurse zurückgeführt werden können (vgl. Fuchs-Goldschmidt 2008) und diese deshalb für eine Theorie des Normativen zu kurz greifen. Nur vor dem Hintergrund dieser Einsicht zeigt sich der reale Wert formaler Demokratien (so brüchig ihre Geltung auch sein mag), indem sie staatliche Gewaltenteilung institutionalisieren, Macht nur auf Zeit verleihen und bei Konfliktlösungen auf Kompromisse (die selbstredend vor allem argumentativ generiert werden) und aber eben auch auf demokratische Mehrheitsentscheide setzen.

[8] Was wird für die faktische Ausgestaltung der Flüchtlingspolitik gewonnen, wenn man als ›moralisches Ziel‹ anführt, dass es bei der humanitären Hilfe darum geht, »weltweit möglichst vielen Menschen wirksam zu helfen«? ([48]) Was wird für die faktische Ausgestaltung der Flüchtlingspolitik durch die Einsicht gewonnen, dass es bei der Debatte gleichzeitig um das nationale Interesse geht? (vgl. [49] und [50]) Beide Aussagen sind entweder Banalitäten oder erkenntnistheoretisch höchst problematische Verallgemeinerungen, die in dieser Form keine Ansätze für politische Handlungsstrategien bieten. Ethisch geht es grundsätzlich darum zu klären, warum überhaupt geholfen werden sollte, und falls ja, wie dies

in der konkreten Situation aussehen und begründet werden kann. Zumindest letzteres leistet Pies aber nicht, sondern er verweist lediglich immer wieder auf das ›Überbietende‹ seiner Überbietungsargumente.

[9] Überdies: Was gewinnen wir systematisch aus Pies' ›Dekonstruktion‹ – der Entwirrung der seiner Auffassung nach in der Diskussion vorherrschenden Verwechslung von Zielen und Mitteln? Auch hier müsste man entweder einen inhaltlichen Diskurs führen, warum bestimmte Argumente anderen Argumenten überlegen sind oder vorab klären, warum ein bestimmtes Verfahren (z.B. die orthogonale Positionierung) systematisch zu besseren und zu politisch realisierbaren Handlungsoptionen führt. Pies hingegen legitimiert sein Vorgehen (unausgesprochen) dadurch, dass er seinen Argumenten ein *systematisches* Überbietungspotential zuspricht, die einen unbedingten Allgemeingültigkeitsanspruch besitzen. Solche Argumente sind aber nur ahistorisch unbedingt gültige Argumente, nur so kommt ihnen der Anspruch zu, nicht hintergebar zu sein und damit durch keine anderen ›guten Argumenten‹ außer Kraft gesetzt werden zu können.² Im realen Diskurs hingegen müssen Argumente wie Gegenargumente tatsächlich ernstgenommen werden, wenn sie begründet vorgetragen werden. Und sie können aufgrund neuer Argumente oder aufgrund veränderter Situationen immer wieder außer Kraft gesetzt werden. Überbietungsargumente hingegen wirken ein wenig wie ›Basta-Argumente‹, die den Diskurs beenden wollen. Als solche rein ideellen Argumente fehlt ihnen dann aber auch ein faktischer Geltungsanspruch, denn sie werden nicht notwendigerweise von den Betroffenen mitgetragen. Als rein theoretisches Argument bleiben sie einem realen Geltungsanspruch systematisch unverbunden. Einem Geltungsanspruch, der im Hier und Jetzt für die Gestaltung realer gesellschaftlicher Verhältnisse gleichwohl unbedingt von Nöten ist.

[10] Absolut allgemeingültige Argumente bleiben mit anderen Worten der harten Realität und der konkreten argumentativen Praxis ideell vorgeordnet, ohne die Aussicht zu haben, jemals als solche realisiert zu werden. Dies soll zwar vor dem naturalistischen Fehlschluss schützen, aus einer gegebenen Ordnung auf eine gesollte Ordnung (kurz) zu schließen; bringt aber auch mit sich, in seinem absoluten Geltungsanspruch nicht systematisch nachvollziehbar zu sein. Der ideelle Sol-lensanspruch – den die Ordonomik implizit mitführt – bleibt als ein rein theoretisches Noch-Nicht-Sein erkenntnistheoretisch unbestimmt (i.e. metaphysisch) und bleibt damit hinter den Anforderungen unserer aufgeklärten Zeit zurück. Es ist bezeichnend, dass Konsenstheorien wie die Ordonomik dazu neigen, »bessere

2 Das Problem der (normativen) Allgemeingültigkeit wird von Pies hier nicht zum Thema gemacht. Er schließt sich jedoch dem Weber'schen Diktum an, dass Wissenschaft werturteilsfrei zu sein habe. Pies schreibt: »Da hilft es nicht, wenn man diesen Streit [unterschiedlicher Moralauffassungen, d. Verf.] in die Wissenschaft hineinträgt und dann Theorien entwickelt, die sich auf die eine oder andere Seite des Streits schlagen. So wird Wissenschaft parteiisch« ([67]). Das Problem der Normativität, wie es nun doch zweifelsohne in der Welt ist, wird dadurch, dass man real vorfindliche kontroverse Auffassungen ausblendet, jedoch nicht geklärt. Auch der Einzelne, der dieses Urteil nach Weber (und wahrscheinlich Pies) treffen soll, ist Teil einer (sozialen) Welt, in die eingebunden er seine (Wert-)Entscheidungen trifft.

Argumente« gerade nicht *realiter* diskursiv herauszuführen, sondern dass sie häufig als unbedingte Einsichten, als Überbietungsargumente proklamiert werden, die sich aus einer strikten Anwendung rationaler Schlussfolgerungen notwendig ergeben *würden* und angewendet werden *müssten*. Lange genug nachgedacht, kommt der Gedanke zu sich selbst und erweist sich als richtig.

[11] Jeder Politiker weiß dagegen um die abstrakte Idealität solcher ideell normativen Argumente. Jeder Bürger und Konsument im realen Leben weiß um den in diesem Sinne begrenzten Geltungsanspruch von absolut allgemeingültigen Argumenten. Nur in der (normativen) Theorie der Wissenschaft und mit ihr in der Ordonomik hat sich die Einsicht in das *systematische* Problem der Umsetzung absolut bestimmter Geltungsansprüche noch nicht ausreichend Geltung verschafft oder wird kurzerhand (im Sinne einer vermeintlichen Pragmatik) ausgeblendet.³ Der amerikanische Politikberater und Vize-Verteidigungsminister unter Bill Clinton, Joseph Nye, sagt in diesem Sinne: »Intentionen allein sind nicht ausreichend für ein ethisches Ergebnis. Man muss fragen: Gibt es eine vernünftige Möglichkeit, mit dieser Politik erfolgreich zu sein? Und wenn es diese nicht gibt, dann gehen möglicherweise größere Gefahren von Mächtegegnern-Humanitären aus als von pragmatischen Politikern« (Pletter/Hartung 2017). Der Mächtegegnern-Humanitäre versteckt sich im Falle von Ingo Pies hinter der Figur einer Argumentationspraxis, die auch im politischen Diskurs und bei Fragen der gesellschaftlichen Gestaltung auf strukturlogische Überbietungsargumente setzt (hinter denen der moralisierend idealistische Anspruch steht, weltweit möglichst vielen Menschen wirksam zu helfen). Die Welt ist aber – anders als in der auf das Gute bzw. das gute Argument eingeschworenen Sicht der Ordonomik – sozialstrukturell vielgestaltig, tendenziell unübersichtlich und gerade auch in ihrer Entwicklung einem machtvollen Prozess mit offenem Ausgang unterworfen. Sie enthält insbesondere auf gesellschaftlicher Ebene Spannungen und Konflikte, die sich nicht mittels des einen Überbietungsargumentes aufheben lassen, sondern echte Dilemmata darstellen – sowohl für politische Entscheider und aber auch für Wissenschaftler, die sich um eine Aufklärung bemühen, welche an der (normativen) Realität ausgerichtet ist. So ist auch die Spannung, die zwischen der Wahrung nationaler Interessen und dem Anspruch, humanitäre Hilfe leisten zu sollen und zu wollen, besteht, eine, die sich so schnell nicht aus der Welt schaffen lässt – ganz sicher nicht mit dem einen orthogonalen Überbietungsargument, das laut Pies darin liegt, den zur Flucht bereiten Menschen bereits in ihren Heimatländern zu helfen. Es könnte doch alles so einfach sein!

Literaturverzeichnis

Fuchs-Goldschmidt, I. (2008): Konsens als deliberatives Prinzip der Demokratie. Zur Kritik der deliberativen Theorie der Demokratie, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

3 Pies (vgl. [70]) weiß um die Problematik, liefert aber keine systematisch ausgearbeitete Lösung des Problems.

- Fuchs-Goldschmidt, I./Goldschmidt, N.* (2013a): Entmächtigung staatlicher Akteure? Zur Kritik des deliberativen und ordnungsökonomischen Gemeinsinns, in: Bach, M. (Hrsg.): Der entmachtete Leviathan. Löst sich der souveräne Staat auf? Zeitschrift für Politik, Sonderband 5, Baden-Baden: Nomos, 325–342.
- Fuchs-Goldschmidt, I./Goldschmidt, N.* (2013b): Wiesel oder Hermelin? Strukturelle Gerechtigkeit als Fundament einer modernen Sozialen Marktwirtschaft, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, Jg. 14/H. 1, 8–22.
- Pletter, R./Hartung, M. J.* (2017): »Gute Absichten reichen nicht.« Was zeichnet überragende Führungsfiguren aus? Sie erzählen gute Geschichten, meint der amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Nye, in: Die Zeit, Nr. 10, vom 2. März 2017, 26.

Patente auf Saatgut in ethischer, rechtlicher und ökonomischer Sicht



Biopatente

Saatgut als Ware und als öffentliches Gut

Herausgegeben von Dipl. Soz. Barbara Brandl und Dr. Stephan Schleissing

2016, 365 S., brosch., 69,- €

ISBN 978-3-8487-3154-1

eISBN 978-3-8452-7524-6

nomos-shop.de/27494

Ohne die Kultivierung von Saatgut wäre die Geschichte der Menschheit anders verlaufen. Wem nützen Biopatente? Sind sie ein Anreiz zu Investition und Fortschritt, oder hemmen sie den Wettbewerb? Wie vertragen sie sich mit Biodiversität, Welternährung und gerechter Landwirtschaft?



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos